

**Schlagzeile:****Staatengemeinschaft muss Zugang zu Satellitenbildern  
von Bosnien-Herzegowina haben****Fakten:**

Die USA nutzen zur Bewertung des Erfolges ihrer "Airdrops" - Hilfsoperation für die von Serben eingeschlossene muslimische Bevölkerung in den unzugänglichen Gebieten Bosnien-Herzegowinas Informationen, die sie durch ihre Spionagesatelliten gewinnen. Es wurde bekannt, dass ihnen drei Foto- und zwei Radarfernerkundungssatelliten zur Verfügung stehen. In der ersten Woche der Aktion konnte man beispielsweise bei 15 von 30 Abwürfen nachweisen, dass sie im betroffenen Gebiet landeten. (Space News vom 8. 3.1993)

**Kommentar:**

Die Entsendung von Spionagesatelliten stellt eine der wesentlichsten Triebkräfte der Entwicklung der Raumfahrt dar. Während des Kalten Krieges ermöglichte die Überwachung aus dem Weltraum die wechselseitige Kontrolle der Supermächte und wirkte somit stabilisierend.

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurden die Aufklärungssatelliten nicht etwa abgeschafft oder der UNO zur Verfügung gestellt. Sie dienten weiterhin geheimen Aktionen der Militärs; bekannt geworden ist insbesondere der massive Einsatz von Satelliten für Kriegsführungszwecke im Konflikt mit dem Irak. Von den USA wird behauptet, dieser "Sternenkrieg" habe ermöglicht, dass der Krieg schnell beendet und Kolateralschäden weitgehend vermieden werden konnten. Insofern diene die Hochtechnologie auch dem humanitären Völkerrecht. Von Kritikern wird demgegenüber eingewandt, dass durch die strikte Geheimhaltung und die Medienzensur eine Bewertung schwerlich vorgenommen werden könne. Aus der Sicht des Völkerrechts ist von einer generellen Zulässigkeit der Aufklärung aus dem Weltraum auszugehen, da das Weltraumrecht lediglich die aggressive Nutzung des Raumes verbietet. Die Kontrolle sei aber friedensfördernd.

Ein Beweis für die Richtigkeit dieser These könnte nun im Falle Bosnien-Herzegowinas angetreten werden. Aufgrund der Kampfhandlungen und der territorialen Gegebenheiten ist man geradezu darauf angewiesen, die Kontrolle aus dem Weltraum als die einzig sichere und störungsfreie Informationsquelle zu nutzen. Allerdings ruft die gegenwärtige Verfahrensweise der USA einige Kritik hervor. Es ist zutreffend, dass die USA durch die Resolution 770 (1992) des Sicherheitsrates berechtigt sind, die humanitäre Hilfe in der Form der Abwürfe von Hilfssendungen zu leisten. Außer Frage steht auch, dass dieses humanitäre Engagement größte Hochachtung verdient.

Letztlich sollte die gesamte rechtstreue Staatengemeinschaft sich an humanitären Maßnahmen beteiligen. Dazu sind aber in erster Linie Informationen die Voraussetzung. Dazu gehören auch solche, die aus dem Weltraum gewonnen werden. Diese werden aber nach wie vor von den USA als geheim behandelt und der Staatengemeinschaft nicht zugänglich gemacht. Gerade angesichts der vielen Falschmeldungen wäre es notwendig, durch die objektiven Satellitenbilder die Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen der Staatengemeinschaft zu legen. Zu fordern ist also nicht nur, dass die humanitäre Hilfe zunehmend in den Händen des einzigen Organs, das tatsächlich die Macht zur Friedenssicherung hat, - dem Sicherheitsrat - konzentriert wird, sondern auch, daß dort alle erreichbaren Informationen über den Konflikt in Bosnien zusammenlaufen. Zu schaffen ist dort also ein Satellitenbild-Auswertungszentrum.

In der Vergangenheit konnte sich die bereits in den 70er Jahren erhobene Forderung wegen des Ost-West-Gegensatzes nicht durchsetzen. Jetzt ist die Zeit gekommen, in großem Umfang Satellitendaten für humanitäre Zwecke zu nutzen und so eine Konversion der Militärtechnik für nichtmilitärische Aufgaben voranzutreiben. In großem Umfang nutzte die UNO 1991/92 für die Repatriierung kambodschanischer Flüchtlinge Satellitenbilder. Dabei handelte es sich um ein Geschenk der französischen Regierung, die die Bilder ihres Fernerkundungssatelliten SPOT dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge kostenlos überlassen hatte. Dieses Beispiel sollte Schule machen.